

Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern
Bis 2010 Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland
World Jewish Congress Commissioner for Holocaust Memory



Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau, 30.4.2017

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Sonntag, 30. April 2017, Redebeginn, ca. 10 Uhr

Anrede,

seit vielen Jahren kommen wir um den Jahrestag der Befreiung in der KZ-Gedenkstätte Dachau zusammen, um derer zu gedenken, für die dieser Tag zu spät kam.

Beim Betreten dieses gespenstischen Geländes überkommen uns Schauer und Schrecken der Vergangenheit. Abertausendfaches Leiden, Angst, Tränen, Blut und Tod – sind nicht mehr sichtbar, aber immer noch da.

Hier herrschten Sadismus, Hass und Mordlust. Medizinische Experimente, Massenerschießungen, Tod durch Arbeit, Hunger und Krankheit. Bis heute wissen wenige, dass dieser Ort ein zentraler Quell des Bösen war. Im sogenannten Modell- und Musterlager tobte die Barbarei zuerst und am längsten – von 1933 bis 1945.

Verehrte Anwesende,

wir trauern um die Menschen, die hier gedemütigt, gequält und ermordet wurden – und mit ihnen um sechs Millionen jüdische Brüder und Schwestern, die von den Nazis, ihren Helfern, Eiferern und Vollstreckern hemmungslos aus dem Leben gerissen wurden. – Niemand sprach für sie das Kaddisch.

Die Mörder kannten keine Skrupel, begaben sich der letzten Funken Menschlichkeit – folterten, peinigten, mordeten. Nicht eine Seele blieb verschont: Ungeborene, Säuglinge, Kinder, Greise, Frauen, Männer, Behinderte, Kranke, Gebrechliche – niemand fand Erbarmen.

Die Shoa – die kaltherzig geplante, industriell betriebene Ermordung der europäischen Juden – ist der größte Zivilisationsbruch in der Geschichte. Letztlich unvorstellbar, bis heute. Niemals werde ich die Angst vergessen, die ich als Mädchen spürte – überall, allgegenwärtig. An diesem Ort, an diesem Tag drängt sie sich unweigerlich, unaufhaltsam in mein Bewusstsein – so auch die Trauer und der Schmerz.

Doch noch ein weiteres Gefühl, das über die Jahre an Intensität verloren hatte, keimt in jüngster Zeit in mir auf: Es ist Wut.

Wut darüber, dass der Drang, die Geschichte zu vergessen, zu relativieren oder gar abzustreiten in der öffentlichen Diskussion und in Umfragen wieder Raum greift.

Die braune Renaissance bringt nicht nur das ungeahnte Comeback von radikalem, aggressivem Nationalismus, sondern auch ein gerüttelt Maß an Geschichtsklitterei und Revisionismus. – Die erinnerungspolitische 180-Grad-Wende fordert der schrille AfD-Chef-Provokateur aus Thüringen nicht allein. Weite Teile seiner Partei tragen das mit – so wie knapp 60 Prozent der Deutschen, die 2015 laut Studie der Bertelsmann-Stiftung den

Schlussstrich forderten. Rund 80 Prozent wollten damals schon die Geschichte der Judenverfolgung hinter sich lassen.

Würde ich nicht auch so viele positive Erfahrungen mit interessierten, großartigen Jugendlichen machen – man könnte verzweifeln.

Denn die Halbherzigkeit macht mich wütend, mit der die offenkundigen Fehlentwicklungen und Rückschritte hierzulande und in ganz Europa zwar irgendwie bedauert, aber nicht angemessen entschlossen bekämpft werden.

Viel zu lang schon wird mit dem Begriff „Populismus“ verharmlost und beruhigt. Weder Pegida und Co. noch AfD oder Front National sind Populisten. Der Begriff ist zu schwach, er deckt die gefährlichen Phänomene nicht ab, die unsere Gesellschaften mit Hass und Hetze kontaminieren und die Europäische Union – das Jahrhundert-Friedens-Projekt – zerstören wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Internet wüten Verrohung und Hass längst hemmungslos. Pegida holte die Aggression auf die Straße, und die AfD vollzieht den Marsch der Bewegung durch Parlamente und Institutionen.

Seit zwei Jahren zeigt sich das rechtsextreme Wesen der Partei. Zahllosen Enthüllungen und Eskapaden von Volksverhetzern, Antisemiten, Rassisten, Neonazis und NS-Devotionalien-Händlern sind keine „Einzelfälle“. Offen sinniert die Partei über Schießbefehl, völkisch, „Umvolkung“, „Wucherung am deutschen Volkskörper“, „arische Leitkultur“ und die „Politik für das Volk und nur für das Volk“, die sie betreiben möchte, wenn „aufgeräumt“ und „ausgemistet“ wird.

Gänzlich unerträglich ist das perfide Spiel mit Formulierungen, die den Holocaust relativieren oder leugnen. Dass der für seine unsäglichen Schriften bekannte Herr Gedeon noch immer im Landtag von Baden-Württemberg sitzt und seine Partei ihm die Stange hält, belegt, dass es in der AfD keinen Richtungsstreit gibt.

Die „Einzelfälle“ sind Programm. Sie fügen sich nahtlos in die offene Menschenverachtung, die rigide Religionskritik und die Forderung nach einem Schächtverbot, welches nicht die einzige Beschneidung der Religionsfreiheit bliebe, sobald die Partei Einfluss bekäme.

Nationalismus bleibt Nationalismus. Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Rassismus bleibt Rassismus – das blaue Deckmäntelchen kann den braunen Kern der AfD nicht verdecken. In Bayern beobachtet der Verfassungsschutz den AfD-Landeschef wegen Unterstützung der Identitären Bewegung. – Eine Organisation, die trotz der schicken Fassade auf einer Stufe mit den Reichsbürgern und den Neonazi-Parteien „Die Rechte“ und der „Der III. Weg“ steht. Letztere ist die Nachfolgeorganisation des verbotenen „Freien Netzes Süd“, dessen Mitglieder den Terroranschlag auf die Grundsteinlegung zum Jüdischen Zentrum am Jakobsplatz planten.

Pegida München ist eine Ansammlung von Neonazis aus dieser militanten Szene. Fast wöchentlich kommt es – gut geschützt – zu antisemitischen und volksverhetzenden Provokationen an sensiblen, historischen Orten.

Ich werde mich an Derartiges nicht gewöhnen. – Unsere Gesellschaft, speziell die jüdischen Menschen leiden darunter, dass antisemitische und rassistische Tiraden und Praktiken Teil der Normalität werden. – Als ob wir nicht die historische Erfahrung gemacht hätten, dass es immer klein anfängt, dass die Kleinigkeiten entscheiden, dass den Anfängen zu wehren ist, dass Menschenverachtung nicht zu dulden ist, dass Wegsehen und Gleichgültigkeit die Vorstufen der Katastrophe waren – und sind!

Verehrte Anwesende,
wie kann man sich also zurücklehnen, wenn im Saarland der rechtsradikalste AfD-Verband mit engen Verbindungen zur NPD und in die Neonazi-Szene mühelos in den Landtag einzieht?

Wurde doch mit der AfD der Albtraum real, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland eine rechtsextreme Kraft etabliert, die von Hass und Angst zehrt, die mit Ausgrenzung, Spaltung und Verschwörungstheorien auf Stimmenfang geht – ein Schande für unser Land.

Sehr geehrte Damen und Herren,
auch angesichts der Wahlergebnisse in den Niederlanden und in Frankreich wische ich mir irritiert die Augen, mit wie wenig Widerstand wir uns inzwischen zufrieden geben sollen.

Jedenfalls ich bin nicht erleichtert, wenn Wilders trotz hoher Wahlbeteiligung dazugewinnt und zweitstärkste Kraft wird, wenn der Front National sein bestes Ergebnis einfährt, Le Pen als Zweite in die Stichwahlen um das Präsidentenamt kommt und knapp die Hälfte der französischen Wähler für europakritische oder -feindliche Kandidaten votiert.
Wer da beruhigt ist, fällt in gefährliches Wunschenken, während die extreme Rechte Fakten schafft – siehe Ungarn, siehe Polen, siehe Brexit.

Die Kräfte der Destruktion sind auf dem Vormarsch, und ich bin wütend, dass die Extremen in Europa den Diskurs dominieren, so dass sich Tonfall und Inhalt der öffentlichen Debatte inzwischen parteiübergreifend und gesamtgesellschaftlich verschärft und zugespitzt haben.

Verehrte Anwesende,
es macht mich wütend, dass jüdische Menschen gut 70 Jahre nach dem Holocaust wieder Opfer von Ausgrenzung und Anfeindung werden. Dass verbale und tätliche Gewalt gegen jüdische Menschen und Einrichtungen sowie Schändungen von Gedenkstätten und Friedhöfen zum Alltag in Deutschland und ganz Europa werden, dass „Jude“ wieder – wie in meiner Kindheit – ein Schimpfwort auf Schulhöfen oder in Fußballstadien ist.

Ich bin wütend, dass das die Realität in meiner Heimat ist, in unserem Land, wo man „nie wieder!“ zum Credo ausgerufen hatte.

Es macht mich wütend, dass dieses „nie wieder!“ zur hohlen Phrase verkommen konnte. Dabei warnen wir seit Jahren vor dem Erstarken der antisemitischen Ressentiments. Wir spüren die Folgen der tief verwurzelten antisemitischen Denkmuster in der deutschen Gesellschaft – rechts, links und in der Mitte. Ebenso beklagen wir seit langem, dass der massive Antisemitismus unter hier lebenden Muslimen nicht genügend ernst genommen und angemessen bekämpft wird. Die muslimischen Verbände, Teile der Politik und Gesellschaft haben das Problem zu lange verharmlost oder negiert. Derweil führten gravierende Mängel der Integrationspolitik zu Parallelwelten und -werten.

Im November 2014 trat der Sprecher des Offenbacher Stadtschülerrats, Max Moses Bonifer, von seinem Amt zurück, nachdem er von jungen Muslimen antisemitisch attackiert worden war und der Vorstand des Stadtschülerrats ihn nicht verteidigt hatte. Schon damals hätte ich mir einen Aufschrei gewünscht. So wie jetzt, nach dem verstörenden Vorfall des 14-jährigen jüdischen Jungen, der nach antijüdischem Mobbing und Drohungen durch muslimische Mitschüler die Gesamtschule Friedenau verließ.

Ein Aufschrei mit Makel jedoch. Denn sowohl der unverschämte Brief einiger Eltern der Schule als auch das beschwichtigende Verhalten des Schulleiters lassen nicht nur Empathie mit dem Opfer vermissen, sondern sind selbst Ausdruck jener Verzerrung von Realität, die einen Großteil des Problems ausmacht.

Davon zeugt auch das frappierende Desinteresse am neuen Bericht des vom Bundestag beauftragten Expertenkreises Antisemitismus, der diese Woche vorgestellt wurde und eine beunruhigende Bilanz zieht.

Bereits nach dem ersten Bericht wurde wenig getan und viel Zeit verloren. Warme Worte und Beteuerungen reichen nicht. Ich fordere, dass endlich institutionell gehandelt wird. Noch vor der Wahl muss der Bundestag die Fakten und Empfehlungen der Experten debattieren und Maßnahmen beschließen, die Antisemitismus vorbeugen und bekämpfen.

Insbesondere ein im Kanzleramt angesiedelter Antisemitismusbeauftragter wäre das ersehnte Signal, dass die jüdischen Menschen mit ihren Sorgen und Warnungen ernst genommen werden und dass der Juden Hass nicht allein als Problem der jüdischen Bürger erkannt wird – sondern als Problem der Gesamtgesellschaft.

Leider ist die Situation bereits so bedenklich, dass einige fürchten, es sei schon zu spät. Die Vielzahl an Vorfällen, die der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus übermittelt werden – sofern ihre wichtige Arbeit überhaupt unterstützt wird – sprechen für sich.

Es macht mich wütend, wie man zuließ, dass antijüdischer Hass wieder zum gravierenden Problem werden konnte – in dem Land, in dem die Shoah geplant und ins Werk gesetzt wurde.

Verehrte Anwesende,
so wütend es mich macht, so wenig wundert es mich. Wenn man sich anschaut, wie Judentum in manchen Schulbüchern dargestellt wird, wie wenig Kinder und Jugendliche über vitales Judentum als Religion und lebendige Juden als Menschen wie sie sowie über die deutsche jüdische Geschichte vor und nach der Zeit der Verfolgung vermittelt bekommen, wird nachvollziehbar, warum dem Jüdischen der Anschein des Fremden anhängt.

Hinzukommt das verfälschende, bisweilen dämonisierende Bild von Israel, das im Unterricht und in der Öffentlichkeit vorherrscht.

Es macht mich wütend, wie einseitig und empathielos Israel inzwischen im öffentlichen Diskurs – auch in vielen Medien – dargestellt wird.

Es macht mich wütend, dass die Menschen in Israel nach Terrorattentaten in Jerusalem oder in Tel Aviv nicht dasselbe Mitgefühl erhalten wie die Menschen in Frankreich, Großbritannien, Brüssel, den USA oder andernorts, wo derselbe terroristische Ungeist

Unschuldige ermordet. Ist dies nicht immer ein Anschlag auf uns alle – auf Freiheit, Demokratie und die unantastbare Würde des Menschen?

Wütend macht mich auch, wenn deutsche Behörden zulassen, dass der Nahost-Konflikt auf dem Rücken jüdischer Menschen in Deutschland ausgetragen wird. Niemand kann mir erklären, warum letzten Freitag die Protestaktion der Berliner Palästina-Solidarität-Gruppe in unmittelbarer Nähe einer Synagoge genehmigt wurde – während des Schabbat-Gottesdienstes. Eine klare Provokation und Bedrohung für die Betenden, zumal es in Berlin mehrfach zu Angriffen auf jüdische Menschen bei solcher Demos gekommen ist. Wieder musste erst die jüdische Gemeinde aktiv werden, organisierte eine Gegenkundgebung, besetzte den Platz. Auch die Polizei erkannte schließlich die Gefahr. Am Ende erreichten die anti-israelischen Agitatoren ihr Ziel nicht. Doch es bleibt die Frage, wie die Stadt zulassen kann, dass jüdische Menschen im Herzen Berlins nicht ohne Angst in die Synagoge gehen können?

Wütend und fassungslos ist man auch bei Richtern, die Antisemitismus nicht erkennen. Etwa in Wuppertal, wo ein Anschlag auf eine deutsche Synagoge zu Kritik an Israel erklärt wurde.

Fakt ist: Israelbezogener Antisemitismus, eine antisemitisch konnotierte Kritik am jüdischen Staat, ist in Deutschland Mainstream. Sie stößt kaum auf Widerstand, findet Anhänger und Förderer auf Seiten der Kirchen, der Politik, der Verwaltung und der Justiz.

Sehr geehrte Damen und Herren, lang hat es gedauert, bis der Rechtsextremismus als Problem erkannt und ernstgenommen wurde. Die Szene wurde aggressiver und militanter. Der mörderische NSU, die verkannten Reichsbürger, der enorme Anstieg rechtsextremer Gewalt, die große Pegida-Bewegung und der Erfolg der AfD sind Folgen dieser Versäumnisse.

Lang hat es gedauert, bis Islamismus als Problem erkannt und ernstgenommen wurde. Rekordzahlen an Salafisten und Gefährdern, Terrorattentate in Frankfurt, Hannover, Essen, Ansbach, Würzburg und Berlin, Gefängnisse und Moscheen als Orte der Radikalisierung und Terror-Akquise – sind Folgen dieser Versäumnisse.

Wie lang wird es dauern, bis BDS, der Antisemitismus in der Mitte, im linken, rechten und islamitischen Spektrum angemessen und entschlossen bekämpft wird? Wie lang sollen wir warten und welche Folgen werden diese Versäumnisse haben? Ich will nicht, dass es auch in Deutschland wieder jüdische Todesopfer antisemitischer Gewalt gibt! – Zumindest dieses „nie wieder!“ muss halten.

Verehrte Anwesende,
aus der Geschichte zu lernen – das war, ist und bleibt die Aufgabe der Heutigen. In diesen Jahren, da die Zeitzeugen als Säulen der Erinnerung wegbrechen, da aus Zeitgeschichte Geschichte wird, da die Herausforderungen der Gegenwart mit ungeahnter Wucht über uns kommen, da sich das Schicksal Europas entscheidet und auch die Bundesrepublik vor zentralen Weichenstellungen des 21. Jahrhunderts steht – in diesen Jahren wünsche ich mir mehr Mut, mehr Wehrhaftigkeit, mehr Leidenschaft für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Ich wünsche mir, dass die aktuelle Politisierung stärker inhaltlich, substanziell untermauert wird. Die Begeisterung für die demokratischen Errungenschaften und Überzeugungen und die Europäische Idee verlangt mehr als Happening und Likes auf Facebook.

Demokratie und Zivilgesellschaft leben von dem Engagement und der Courage des Einzelnen, der Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Die vielen Einzelnen – das sind Wir. Lassen

Sie uns ein Volk sein, das vereint ist, geschlossen und wehrhaft! — „Nie wieder!“
schweigsam, gleichgültig, behäbig und blind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.